

Ein Beitrag von Ulrich Grillo, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle

INDUSTRIEGESELLSCHAFT BRAUCHT NACHHALTIGE AKZEPTANZ



NE-Metalle
sind
modernes
Leben

Die gesellschaftliche Akzeptanz für die Industrie erarbeiten wir uns als Unternehmen und Arbeitnehmer in der Industrie durch Kompetenz in den Bereichen, die für die moderne Gesellschaft ausschlaggebend sind: Wohlstand, Wachstum, soziale Sicherheit, Klimaschutz und Energie- und Ressourceneffizienz.

Das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland wächst. Deutschland kann sich als Land der Ideen und als Export-Vizeweltmeister, als Land der Kultur, des Wohlstands und sozialer Sicherheit und schließlich als Industrie- und Investitionsland mit ökologischer und ökonomischer Verantwortung nur im Konsens fortentwickeln.

Die Instabilität des europäischen Währungsraumes, Preissteigerungen bei Energie und Rohstoffen, politische Umbrüche in Schwellenländern – scheinbar alle Probleme prallen an Deutschland ab, oder es gelingt ein erfolgreiches Management. Die heimische Wirtschaft startet durchaus beeindruckend aus der Krise. Deutschland kann nach den derzeitigen Prognosen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute auch auf erfolgreiche Jahre 2011 und 2012 hoffen. Ökonomischer Optimismus herrscht nicht nur bei den Konjunkturforschern. Die positive Stimmung ist bei den Unternehmen angekommen, die dies bislang durch Investitionen und Rekordbeschäftigung zum Ausdruck bringen. Die Verbraucher sind optimistisch und haben sich durch ihre Konsumnachfrage zum Wachstumsträger entwickelt, nachdem über viele Jahre der private Konsum das Sorgenkind der Konjunkturforscher war. Kann ein Wirtschaftsraum im Zeitalter der nahezu omnipotenten Globalisierung wirklich allen Widerfähnissen trotzen? Wie stark sind der direkte und der indirekte Einfluss der jüngsten globalen Natur- und Technologiekatastrophen auf den heimischen Wirtschafts- und Lebensraum? Dabei schwingt die Frage unwillkürlich mit, wie breit das Fundament ist, auf dem die heutigen positiven Einschätzungen beruhen. Die jüngsten Krisenerfahrungen geben Anlass, auf der Basis der Realentwicklung über die Zukunft nachzudenken.

Zu beachten ist der beträchtliche Abstand zwischen der zuversichtlichen Stimmung im Lande und der nachlaufenden Krisenbewältigung in der politischen Tagesarbeit. Die Bundesregierung ist vollauf damit beschäftigt, den „Euro-Raum“ aufzuräumen.

Deutschland übernimmt mit rund 200 Milliarden Euro sowie weiteren Garantien knapp die Hälfte der Risiken des europäischen Rettungsschirms zur Verhütung neuer Finanzkrisen. Die deutschen Vorschläge zur Sicherung von Wachstum und Stabilität im Euro-Raum werden zwar nur abgemildert umgesetzt; dennoch besetzt Deutschland eine zentrale Führungsrolle bei der ökonomischen Stabilisierung der EU.

Europa absorbiert immense Potenziale. Die Arbeiten an der nationalen Haushaltskonsolidierung ruhen seit der Verabschiedung des Haushaltskonsolidierungsgesetzes bzw. geraten durch das konjunkturelle Hoch aus dem Fokus. Viele Politikbereiche stehen strukturell, inhaltlich und auch durch überraschende personelle Veränderungen in der Bundesregierung auf dem Prüfstand und sortieren sich neu.

Die Natur- und Reaktorkatastrophe in Japan stoppte das jüngst beschlossene Energiekonzept und läutet eine Energiewende ein, die einer fundierten politischen Diskussion mit allen Beteiligten bedarf.

Eine gute Konjunktur über einen mehrjährigen Zeitraum kann zwar die Lösung der zahlreichen Probleme und Aufgaben erleichtern; sie ist aber keineswegs selbstverständlich und auch nicht immun gegenüber sie tangierenden politischen Beschlüssen. Das scheint in der Politik unterschätzt zu werden. Die deutsche Wirtschaft durchläuft einen kräftigen Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) verzeichnete 2010 mit 3,6 Prozent das stärkste Wachstum seit der Wiedervereinigung. Impulse kamen vor allem aus dem Ausland, weil sich der Welthandel nach dem dramatischen Einbruch im Jahr 2009 relativ schnell normalisiert hat. Unerwartet dynamisch übertrugen sich diese Impulse auf die Inlandsnachfrage. Die verbesserten Absatzperspektiven verstärkten die Investitionsneigung der Unternehmen. Die günstigen Arbeitsmarktperspektiven gaben dem privaten Konsum die lange vermisste Schubkraft. Allerdings hat die gesamtwirtschaftliche





ULRICH GRILLO

Ulrich Grillo ist Vorstandsvorsitzender der Grillo-Werke AG, Duisburg, und Präsident der Wirtschaftsvereinigung Metalle.

Seit 2011 ist Grillo Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und seit 2007 Vorsitzender des BDI-Rohstoffausschusses.

→

Leistungskraft noch nicht den Stand vor Ausbruch der Finanzkrise erreicht.

Bei der makroökonomischen Gesamtbetrachtung fällt auf, dass sich die gewerbliche Wirtschaft nach der Krise schnell und entschlossen dem auflebenden Welthandel geöffnet hat. Die Finanzmärkte reagierten gegenteilig und nahmen ihre internationale Verflechtung sowie ihre Auslandsengagements massiv zurück. Das ist für die inländische Wirtschaft vorteilhaft, da hinreichend Finanzmittel für die Modernisierung oder den Zubau von Produktionsanlagen bereit stehen.

Unklar sind die ökonomischen Auswirkungen der Naturkatastrophe in Japan und des Reaktorunfalls in Fukushima. Vermutlich drohen Japan zunächst eine Energiekrise und möglicherweise ein teurer Systemwechsel in der Energietechnik. Zusammen mit notwendigen Anstrengungen zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastrukturen sowie der Städte und Dörfer wird Japan mehrere Jahre brauchen, um wieder voll Anschluss an die Weltwirtschaft zu erlangen. In dieser Betrachtung noch nicht berücksichtigt sind die strukturellen Probleme der Vergangenheit und die Bewältigung der Strahlenbelastung bei Menschen und Umwelt in den besonders betroffenen Regionen.

DIE WELT ENTWICKELT SICH MIT UNTERSCHIEDLICHEM TEMPO

Für die Weltwirtschaft war 2010 insgesamt ein erfolgreiches Jahr. Dabei treten jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Regionen hervor. Während in den meisten Schwellenländern die Wirtschaft derart kräftig wächst, dass es Anzeichen von Überhitzung gibt, entwickeln sich der Euro-Raum, Großbritannien und die USA sowie andere fortgeschrittene Volkswirtschaften eher moderat. In Ländern mit gravierenden Auswirkungen der Finanzkrise oder massiven Überschuldungen belasten Konsolidierungsprogramme die wirtschaftliche Erholung.

Die gute Weltwirtschaft erhöhte die Nachfrage nach Rohstoffen beträchtlich, wodurch deren Preise zum Teil auch spekulationsbedingt im Jahresverlauf zumeist im zweistelligen Prozentbereich stiegen. Es gibt Anzeichen, dass die damit verbundene Spekulationsblase platzen könnte. Die stärksten Verteuerungen verzeichneten allerdings Agrarrohstoffe und Edelmetalle, erst mit deutlichem Abstand folgten Industriemetalle und andere wichtige Rohstoffe. Die Ölpreise reagierten auf die deutlich gestiegenen Versorgungsrisiken.

Die zur wirkungsvollen Bekämpfung der Rezession eingesetzte expansive Geldpolitik hat zwischenzeitlich zu einem Li-

quiditätsüberhang geführt. Ein geldpolitischer Anpassungskurs ist dringend geboten, um die Teuerung zu begrenzen. In den Schwellenländern haben viele Notenbanken aufgrund des höheren Inflationsdrucks bereits zu einer restriktiveren Politik gewechselt. Auch in den Industrieländern muss mit steigenden Leitzinsen gerechnet werden. Dennoch kann von einer weiteren Zunahme des Weltsozialprodukts um etwa drei Prozent ausgegangen werden. Der Welthandel wird voraussichtlich um etwa sieben Prozent wachsen und damit weiter gute Chancen und Potenziale für exportstarke Länder wie Deutschland bieten.

RISIKEN SIND GRÖßER GEWORDEN

Trotz guter Basisdaten sind neue Risiken unübersehbar. Die Schuldenkrise einiger Euroländer ist nicht gelöst. Die Ölversorgung ist durch die politischen Umbrüche in Nordafrika und die Instabilitäten im Nahen Osten deutlich unsicherer geworden. Kommt es stärker als bisher absehbar zu einer Abkehr von der Kernenergie, verändern sich die Märkte für energetische Rohstoffe massiv. Allein Japan muss jährlich einen Strombedarf von rund tausend Milliarden Kilowattstunden decken, das ist knapp doppelt so viel wie der Stromverbrauch in Deutschland. Kommt es hier zu nachhaltigen Störungen, werden die weltwirtschaftliche Expansion und damit auch das Wachstum in Deutschland spürbar gedämpft. Schließlich nehmen die Gefahren für die Preisstabilität deutlich zu.

KONSEQUENZEN

Die deutsche Wirtschaft – speziell die deutsche Industrie – hat gezeigt, dass sie weltweit Technologieführer ist und zudem eine gesamtwirtschaftliche Problemlösungskompetenz besitzt. Die sich ab Ende 2009 schnell aufbauende Nachfrage aus nahezu allen Wirtschaftsräumen konnten die deutschen Unternehmen schneller bedienen als andere, weil die Belegschaften fest in Beschäftigungsverhältnissen standen, die Anlagen auf den Weltmarktbedarf ausgelegt sind und die globalen Absatz- und Vertriebskonzepte der deutschen Industrie funktionieren. Das Ergebnis sind zufriedenstellende Erträge, gestiegene Löhne und sichere Arbeitsplätze sowie ein massiver Beitrag

„Die deutsche Industrie ist weltweiter Technologieführer.“

Ulrich Grillo

zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch das erhöhte Steueraufkommen und verminderte Sozialausgaben. Wünschenswert ist, dass diese Leistung auch außerhalb der Standorte verstanden und nachhaltig anerkannt wird. Die Akzeptanz für die Industrie bei den Menschen, die nicht in der gewerblichen Wirtschaft beschäftigt sind, erarbeiten wir uns als Unternehmer und Arbeitnehmer in der Industrie durch Fakten und unsere Kompetenz – gerade in den Bereichen, die für die Gesellschaft ausschlaggebend sind: Wohlstand, Wachstum, soziale Sicherheit, wie auch Klimaschutz und Energie- und Ressourceneffizienz.

Wenn es gelingt, die wirtschaftlich prosperierende Periode trotz neuer Risiken über mindestens einen Zeitraum von fünf Jahren zu stabilisieren, sollte dies nicht dazu führen, die Konjunktur-Renten abzuschöpfen und exzessiv zu konsumieren. Wir brauchen erhebliche Investitionspotenziale zur weiteren Anpassung des Standortes Deutschland an die globalen Veränderungen. Für die deutsche Nichteisen-Metallindustrie bedeutet dies, die bisherigen Anstrengungen zur weiteren Verbesserung der Material- und Rohstoffeffizienz über alle Produktbereiche hinweg fortzusetzen. Wir müssen die Energieeffizienz dort weiter steigern, wo es technologisch möglich ist und sich die Investitionen darstellen lassen. Ferner sind Investitionen im Recycling von Metallen erforderlich, um Versorgungs- und Preisrisiken zu dämpfen. Für diese notwendigen Investitionen benötigt die Industrie jedoch stabile, mittelfristig orientierte Rahmenbedingungen und Planungssicherheit, statt durch den Emissionshandel belastet zu werden. Die Belastungsgrenze ist bereits jetzt erreicht. Die Planungs- und Investitionssicherheit ist bezogen auf die nationale und insbesondere die europäische Energie- und Klimapolitik nach 2012 bereits heute nicht gegeben.

→

„Es ist an der Zeit, die Leistungen des Wirtschaftsstandortes Deutschland differenzierter aufzuzeigen.“

Ulrich Grillo

2,8

Die deutsche Wirtschaft wird 2011 mit einem Plus von 2,8 % stärker wachsen als der übrige Euro-Raum¹.

44,4

Prozent Exportquote der Industrie in 2009 im Verarbeitenden Gewerbe³

1.444,71

Milliarden Euro private Konsumausgaben 2010⁵

40,92

Millionen Erwerbstätige Beschäftigungsquote 2011 – Höchster Stand seit der Wiedervereinigung²

2.497,60

Milliarden Euro Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2010⁴

2.527,0

Milliarden Euro Bruttonationaleinkommen (BNE)⁶

DEUTSCHLAND IST UND BLEIBT EIN INDUSTRIELAND

Die Industrie und die industrienahen Dienstleistungen halten die deutsche Volkswirtschaft auf Wohlstands- und Wachstumskurs. Ressourcen- und Energieeffizienz, Klimaschutz und insbesondere die Rohstoff- und Energieversorgungssicherheit sind entscheidend für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der NE-Metallindustrie und der gesamten energie- und wertschöpfungsintensiven Grundstoffindustrie. Exporterfolge und Technologieführerschaften deutscher Unternehmen auf globalen Märkten und hohe Wertschöpfungsanteile und Beschäftigungszuwächse belegen, dass die deutschen Industrieunternehmen zu den wesentlichen Elementen für die Zukunft zählen.

Quellen: ¹ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose; ² Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; ³⁻⁶ Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft



GRUNDKONSENS ZUR ENERGIEPOLITIK

Die Klimadiskussion der zurückliegenden Jahre, besonders aber die jüngste Erdbeben- und Atomkatastrophe in Japan, führen zu neuen gesellschaftspolitischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen. Wir werden einen gesellschaftlichen Grundkonsens zur Energie- und Klimapolitik brauchen, der die Industrie einbezieht. Schnelle und falsche Antworten werden kaum helfen, gefragt ist vielmehr ein Fakten gestützter Masterplan. Langfristig müssen wir gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Akteuren einen neuen Wohlstandsbegriff entwickeln, der sich an die Realitäten einer Welt anpasst, die viele absehbare Entwicklungen und genauso viele unkalkulierbare Risiken bereithält. Wohlstand lässt sich nicht mehr allein über das Auf und Ab einer BIP-Kurve definieren. Zum rein materiellen Wohlstand, der zudem in den klimatologisch und geotektonisch sensiblen Regionen von heute auf morgen vollständig vernichtet werden kann, müssen neue Bestimmungsgrößen hinzugefügt werden.

Vor dem Hintergrund konkreter Erfahrungen oder Beobachtungen rücken bisher abstrakte Begriffe wie Nachhaltigkeit und Lebensqualität jetzt stärker in den Fokus exakter wirtschaftstheoretischer Betrachtung. Das ist unerlässlich, um die Lebenswirklichkeit und die Praxis in den Unternehmen miteinander zu verbinden.

GESELLSCHAFTLICHE BEDEUTUNG DER INDUSTRIE

Es ist an der Zeit, den Menschen die Leistungen des Wirtschaftsstandortes Deutschland differenzierter aufzuzeigen. Es sollte bekannter werden, wie hoch das BIP pro Kopf ist, wie hoch der wirtschaftliche Wert einer Arbeitsstunde ist, welche Beschäftigungsquote unser Land hat, wie hoch das Nationaleinkommen pro Kopf ist und wie viel wir pro Kopf und Jahr für den Konsum ausgeben. Mit einer Beschäftigungsquote von über 70 Prozent liegt Deutschland derzeit deutlich über dem EU-Durchschnitt. Die Menschen fühlen sich hinsichtlich Gesundheit, Bildung und Umweltbedingungen in Deutschland sehr gut aufgehoben. An der qualitativen Veränderung des Wohlstandsbegriffs hat die Industrie einen wesentlichen Anteil. Das gilt im Hinblick auf den Arbeitsplatz und umfasst die Aspekte Beschäftigungssicherheit, Qualifikation und Gesundheitsschutz. Auch makroökonomisch trägt die Industrie zur Umformung des Wohlstandsbegriffs bei. Wir tragen als Unternehmer diese Verantwortung und dürfen nicht müde werden, die Bedeutung der Industrie für die Gesellschaft zu betonen.

POLITIK REAGIERT AUF GLOBALISIERUNG 3.0

Die absehbaren Veränderungs- und Anpassungsprozesse müssen auch von der Politik mit vollzogen werden. Der Kompetenzzuwachs der europäischen Institutionen wirkt sich in ganz besonderer Weise auf die Mitgliedstaaten mit föderalen Regierungsstrukturen aus. In Deutschland haben sich die Länder durch den Veränderungsdruck zu Standortpartnern für Wirtschaft und Kultur entwickelt oder bewegen sich auf diesem Weg. Die Kommunen kämpfen um ihr Selbstverwaltungsrecht und ringen nach einer Neudefinition der ihnen zugewiesenen Daseinsvorsorge. Die Bundespolitik beginnt, auf die Herausforderungen der Globalisierung 3.0 zu reagieren. Eine Reform der Wirtschaftspolitik steht an. Isoliertes Ressortdenken muss überwunden werden. Nach der Wiedervereinigung hat sich der Bund häufig auf die Rolle des moderierenden Staates konzentriert. Die Bewältigung der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise hat zumindest in einigen Bereichen zu sichtbar mehr Handlungs- und Entscheidungsbereitschaft geführt.

RESSOURCENEFFIZIENTE INDUSTRIE

Wichtig für die Unternehmen der NE-Metallindustrie ist der Faktor Rohstoff. Seit dem Jahre 2000 hat sich die deutsche Rohstoffproduktivität um mehr als 15 Prozent erhöht, Frankreich erreicht nur einen Wert von weniger als 5 Prozent. Wir leben Ressourceneffizienz als Industrie seit Jahren und stoßen kontinuierlich Verbesserungsprozesse in unseren Unternehmen an. Unsere Gesellschaft kommt mit weniger Rohstoffen aus, ohne an Wohlstand einzubüßen. Dahinter steckt aber nicht einfach Verzicht, sondern der intelligente und innovative Einsatz. Eine stärkere ökologische Orientierung auf einer soliden ökonomischen Grundlage wird nur mit der Industrie erfolgreich sein. Das setzt einen intensiven gemeinsamen Dialog voraus, der Fakten gestützt zu tragfähigen Lösungen eines Gesellschaftsmodells führt, das den Begriff der Nachhaltigkeit mit Umwelt, Sozialem und Wirtschaft glaubhaft ausfüllt. Die NE-Metallindustrie wird sich in diesem Gestaltungsprozess auch aus Verantwortung für die rund 105.000 Arbeitsplätze in der Branche engagieren.

